

Von einer neuen Infrastrukturpolitik zur Systemalternative

Vorbemerkungen

Der in der Zeitschrift *Widersprüche* unterbreitete Vorschlag einer „Garantierten Grundarbeitszeit“ zur Sicherung der sozialen Existenz und Lebensbetätigung steht im Zusammenhang des Entwurfs einer neuen oder sozialen Infrastrukturpolitik. Der Ansatz erinnert in gewisser Weise an die Strömung einer Foundational Economy. Zur theoretischen Begründung wird auch auf Ideen im Zusammenhang des Konzepts einer „Sozialstaatswirtschaft“ verwiesen.

Dieses in wesentlichen Aspekten neue Konzept ist, anders als sozialpolitische, sozial-ökologische oder auch postwachstumstheoretische Ansätze, als definitiv politisch-ökonomisch fundierte, ganzheitliche System- und Sozialalternative zu verstehen. Von da könnte eine „Sozialpolitik als Infrastrukturpolitik“ eine tiefere Begründung erfahren, werden aber auch Grenzen des Konzepts oder weitere Konsequenzen offenbar:

Die in den vorgelegten „Thesen“ anvisierten sozialen Garantien und Möglichkeiten verlangen gravierende sozial-systemische Veränderungen und enorme finanzielle Spielräume. Die dazu aufgerufene „Kapitaltransfersteuer“ hat im Zusammenhang der Sozialstaatswirtschaft allerdings einen anderen Zuschnitt. Ich möchte diesen Ansatz als gangbaren Weg erläutern. Auf diesem Feld sind noch weitere Anstrengungen zur Erforschung und Selbstverständigung sowie eine theoretische Debatte zur Abklärung nötig.

Infrastrukturpolitik im politisch-ökonomischen Gesamtzusammenhang

Zunächst markiert die Ideenrichtung einer Infrastrukturpolitik einen bedeutenden Fortschritt, indem auf säkulare Verschiebungen im Reproduktionszusammenhang aufmerksam gemacht wird: Die Produktion und Reproduktion der allgemeinen, sozial-infrastrukturellen Grundlagen des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens hat seit Beginn des 20. Jahrhundert so an Bedeutung gewonnen, dass das Ganze als eigene Form und Dimension oder auch wirtschaftliche Hauptabteilung gefasst werden muss.

Das heißt, dass die waren- und kapitalwirtschaftlichen Formen nur noch eine Teildimension der ökonomischen Praxis abbilden, obgleich sie damit auch der bis heute noch entscheidende Treiber des Wachstums und gesamten Geschehens sind. Sie bilden eine ökonomische Hauptabteilung, zu der jetzt die sozial-infrastrukturellen Dienste als komplementär gestellter Sektor oder Abteilung getreten sind. Als dritter, vermittelnder Knotenpunkt im Gesamtprozess fungiert der Steuer- und Sozialstaat. So hat sich der Industriekapitalismus des 19. Jahrhunderts in einen Sozialkapitalismus verwandelt, der sich schließlich in die weltkapitalistischen Verhältnisse eingebettet findet.

Der Sozialstaat fungiert dabei als eine steuernde, fiskalisch und politisch steuernde und moderierende Zentralinstanz. Dabei beansprucht bzw. vermittelt er einen Großteil des Sozialprodukts. Er agiert in der kapitalwirtschaftlich dominierten Sozialität unter entsprechenden Bedingungen und Abhängigkeiten - vor allem infolge der unstillbaren Verwertungs-, Rationalisierungs-, Akkumulations- und Wachstumszwänge dieser Wirtschaftsweise, die ohne globale Expansion und Ausplünderung der Ressourcen nicht leben kann - tendenziell hörig und austeritär: Verteilungsmodelle kommen gegen diese intrinsische, quasi einprogrammierte, systemisch unaufhebbare Funktionalität kaum an.

Für die liberalistische und globalistische Kapitalwirtschaft sind die Steuern und Abgaben zum Nutzen und zur Entwicklung einer konkreten Gesellschaft zunächst immer Unkosten oder Verluste. Daher auch die neoliberale Bettflucht in alle Welt und die Tendenz, die Steuern bzw. das Soziale kleinzuhalten und möglichst auch sozialstaatliche Institutionen noch zu privatisieren, das heißt verwertungsökonomisch zu vereinnahmen. Worin liegt die Sach- und Sinnwidrigkeit solcher Privatisierungen der anderen Hälfte der gesellschaftlichen Arbeit und Produktion?

Die sozialwirtschaftlichen Dienste stellen einen im Verhältnis zur Kapitalwirtschaft anderen Zweckinhalt beziehungsweise eine alternative ökonomische Form dar: Sie verbrauchen marktgängige Warendinge, erzeugen selbst aber etwas ganz anderes: Sie reproduzieren allgemeine oder gemeinschaftliche, subjektive, objektive und institutionelle Grundlagen und Mittel für eine auch sozialräumlich bestimmte Gesellschaft und nicht etwa für den Weltmarkt. Zu diesen Aufgaben gehört heute ganz wesentlich auch die Schaffung gesellschaftlicher Infrastrukturen in der digitalen oder informatischen Dimension und im Sinne des ökologischen Umbaus und der Klimapolitik.

Was man Kapitalismus nennt, ist also heute als ein Sozialkapitalismus konfiguriert, das heißt als eine Prozessstruktur mit drei Knotenpunkten: Den aufeinander angewiesenen Dimensionen 1. der Waren- und Kapitalwirtschaft, 2. sozialwirtschaftlicher Institutionen und Leistungen sowie 3. einer Rechts-, Steuer- und Sozialstaatlichkeit als zentraler Vermittlungsinstanz. Diese integrierte, trinodale Konfiguration weist infolge der praktischen Natur oder eigengesellschaftlichen Zweckrichtung des Sozialwirtschaftlichen, im Gegensatz zum Globalismus der Finanz- und Kapitalwirtschaft, eine wesentliche sozial- oder nationalökonomische Selbstbezüglichkeit auf. Lokale und regionale Produktionen verstärken deren Gewicht.

Das so erweiterte, tragende Kernsystem gesellschaftlicher Arbeit und Produktion schließt die Sphäre der sozioökonomischen Reproduktion, sozialen und kulturellen Entwicklung der arbeitenden und nichtarbeitenden Menschen ein. Diese mögen in personalen, familialen, konvivialen oder kollektiven Lebensformen, die heute im Grunde wählbar sind, existieren und haushalten. So können sie ihr Leben aufgrund ihrer persönlichen Existenzform, ihrer sozial-ökonomischen Lage und auch mit Blick für ihre Situation hinsichtlich der Ungleichheiten, Entfremdungen und Repressionen der liberalistisch-kapitalistisch geprägten Gesellschaftlichkeit äußern, ausrichten, oder müssen vielmehr immer wieder darum ringen.

Soweit dieses Feld eine enorme Varietät an sich gesellschaftlich nützlicher Tätigkeiten beinhaltet, kommt diesen jedoch ein Status als werthafte gesellschaftliche Arbeit, sei es in oder außer Haus oder Landes, keineswegs per se zu. Solches setzt de facto eine jeweilige gesellschaftliche Anerkennung und Zumessung voraus: Es handelt sich dann um eine Form *sozialer*, aber nicht, wie erklärt, *sozialwirtschaftlicher* Dienste, denn sie müssen aus den sozialstaatlichen Fonds der anderweitigen warenwirtschaftlichen Wertschöpfung bezahlt werden, beziehungsweise sich auf öffentliche, sozial-infrastrukturelle Leistungen und Möglichkeiten stützen. Daher sind solche Tätigkeiten oft einfach freiwillig, wie etwa ein reines Ehrenamt, oder sie treten ebenso im Sinne von privaten Dienstleistungen in Erscheinung, wie Häusliche Pflegedienste.

Die persönliche, private Lebensorganisation mag auf diese Weise auch eine persönliche Rettungsinsel oder ein Stützpunkt sozial-politischer Aktivitäten sein. Aber systemische Veränderungen, die dann auch auf diese Sphäre relativer Unfreiheit oder Freiheit der Lebensverwirklichung durchschlagen, müssen an anderer Stelle ansetzen: Wie wäre es etwa möglich, der noch überwältigenden, losgelassenen Kapitaleite entgegen zu treten und die von daher erzwungene austeritäre Politik des Sozialstaats, vor allem auch die sinn- und zweckwidrigen verwertungs- bzw. kapitalwirtschaftlichen Betriebsverfassungen des Öffentlichen aufzuheben? Oder wie kann die tatsächliche Finanzierbarkeit, Realisierbarkeit oder Funktionsfähigkeit noch weiter gehender, alternativer Wirtschafts- und Sozialverhältnisse begründet werden?

Transformationsforschung als Wert-, Reproduktions- und Praxisanalytik

Die Frage nach der Alternative stellt sich als nicht eben einfache politisch-ökonomische Analyse- und Systemfrage. Sie muss auch so gestellt werden, wenn man nicht naiv und bei einem lediglich sozial-ökologisch rekonstruierten, sprich modernisierten, grün eingefärbten Kapitalismus bleiben will. Das Konzept des Sozialkapitalismus macht jetzt nachdrücklich darauf aufmerksam, dass die wirtschaftsgeschichtliche Entwicklung der Infrastrukturalisierung eine Neufassung des gesellschaftlichen Reproduktionszusammenhangs erfordert.

Um das Neue daran zu begreifen ist es nötig, die modernen Reproduktionsverhältnisse zunächst in reiner Form und dynamischer Bewegtheit zu modellieren und sie auch auf eine mögliche Alterität oder Latenz hin zu diskutieren. Dies anhand fundamentaler politisch-ökonomischer Kategorien wie Wert und Mehrwert, konstantes und variables Kapital, Produktivität, Innovation und Akkumulation, auf der einen Seite die beiden warenwirtschaftlichen Abteilungen und auf der anderen die neue sozialwirtschaftliche Hauptabteilung, Warenform und sozialwirtschaftlicher Dienst, der steuernde Staat und der Staats- bzw. Sozialhaushalt. So kann deutlicher werden:

Die sozialwirtschaftlichen Instanzen oder Agenturen können mit den mehr oder weniger vom Sozialstaat zur Verfügung gestellten Mitteln die Lohn- oder auch Subsistenzfonds bezahlen und die warenwirtschaftliche Ausrüstung bei der anderen Abteilung erwerben, die sie für ihren wirtschaftlichen Betrieb benötigen. Im Hinblick auf dieses reziproke oder komplementäre Reproduktionsverhältnis der Sektoren bildet der Staat mitsamt den entsprechenden sozialen Sicherungssystemen den unabdingbaren dritten, verbindenden Prozessknoten.

Diese trinodale sozialkapitalistische Konfiguration zeigt auf, inwiefern der demokratische Steuer- und Sozialstaat vermittels der Staats- und Sozialhaushalte und durchgreifender Verrechtlichung aller Verhältnisse die zentrale Vermittlungsinstanz im gesamtwirtschaftlichen Prozess darstellt. Das alles bedeutet die Entwicklung eines höheren Niveaus realer Vergesellschaftung. Rätselhaft erscheint dabei die wie unabwendbar steigende Staatsverschuldung. Wo könnte in dieser Konfiguration eine Bruchstelle oder der Ansatz einer Sozial- und Systemalternative stecken?

Im vorliegenden Arrangement fällt auf, dass auch in der sozialwirtschaftlichen Abteilung eine hohe organische Zusammensetzung gegeben ist: Die Masse des konstanten oder Sachkapitals übersteigt bei weitem den Anteil des variablen, also den Einsatz von entlohnter Arbeit. Die Rate der als Profit erzielten oder im wirtschaftlichen Betrieb nötigen Überschüsse stellt eine relativ kleine Marge dar. Daraus folgt aber zwingend, dass eine ausreichende oder weitgehende Finanzierung des Sachkapitals im Infrastrukturellen niemals aus den heute gängigen, ganz überwiegend einkommensbezogenen oder auch Gewinnsteuern geschöpft werden kann. Ein Verteilungsreformismus, selbst progressive Einkommen- oder höhere Gewinnsteuern könnten das eigentliche Systemproblem nicht lösen.

Die Klemme verschärft sich, indem die Anforderungen an die sozial-infrastrukturelle, jetzt auch technologisch-informatisch anspruchsvolle Basis des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens in allen Bereichen weiter steigen. Hinzu kommen die Herausforderungen durch die Umwelt- und Klimakrise mit all ihren katastrophischen Einschlügen. Solches ist überwiegend und auf soziale und vernünftige Weise nicht mehr privat- und kapitalwirtschaftlich zu bewältigen. Auch von daher verschärft sich der regressive Charakter und die Dekadenz der liberalistisch-kapitalistischen Formierung.

Entscheidend ist, dass eine zusätzliche, volkswirtschaftlich proportionale Besteuerung des konstanten bzw. via Abschreibung fungierenden Sachkapitals auf Seiten der Kapitalwirtschaft bzw.

eine „Kapitaltransfersteuer“ nötig ist, um den demokratischen Sozialstaat aus deren Umklammerung, chronischer Staatverschuldung und der Austerität zu befreien. Dies eröffnet den Weg, die sozialwirtschaftlichen Dienste und sozialen Garantien frei nach realer gesellschaftlicher Möglichkeit und Maßgabe zu instituieren und zu finanzieren. Es geht bei dieser Kapitalbesteuerung also nicht um eine neue Gewinnsteuer, sondern um einen Transfer konstanten oder Sachkapitals von einer zur anderen wirtschaftlichen Abteilung.

In diesem Fall fließt der steuerliche Aufwand auf Seiten der Kapitalwirtschaft an diese zurück, indem die andere Abteilung ihre nötigen sachlichen oder auch Lebensmittel von ihnen einkauft: Bei volkswirtschaftlich proportioneller Besteuerung, die also der Wertzusammensetzung und den Größenverhältnissen auf beiden Seiten entsprechen müsste, könnte auf jeder Seite ohne Verluste ausgeglichen bilanziert werden. Die gegenseitige Abhängigkeit ist genau genommen eine wechselseitige Ergänzung von zwei Händen oder auch Dimensionen gesellschaftlicher Arbeit, die wert- und reproduktionstheoretisch schlüssig ausgewiesen werden kann.

Es wird also durch diese regelrechte Fiskalrevolution nicht etwa die Wirtschaft stranguliert, sondern der im alten System kapitallogischen Litanei der Boden entzogen, die mit der Frage oder auch dem Problem aufwartete, wer die angestrebte Ausfaltung des Öffentlichen oder Sozialen bezahlen soll. Es handelt sich so keineswegs nur um ein steuer- und finanztechnisches Manöver, sondern um eine im Prinzip sprunghafte Systemveränderung.

In welchen technischen, operativen und politischen Schritten diese auf den Weg gebracht werden kann, ist die denknotwendig zweite, weitergehende Frage. Insbesondere mögen nicht einfache steuertechnische Fragen zu beantworten sein. Solches oder auch die entsprechenden, äußerst weit reichenden Konsequenzen des Eingreifens auszuführen, würde hier zu weit führen. Es müssen Andeutungen genügen:

Die jetzt transparenten Verhältnisse wertschaffender Arbeit, auch im Bereich sozialwirtschaftlicher Dienste, implizieren veränderte Rechts- und Eigentumsverhältnisse. Diese legitimieren die Aufhebung des uneingeschränkten Privateigentums an Produktionsmitteln und eine gemischte bzw. sozialistische Marktwirtschaft. Durch das große Gewicht des Sozial- oder Gemeinwirtschaftlichen und eine veränderte, gesellschaftlich verantwortliche Eigentums- und Unternehmensverfassung im waren- und industriegewirtschaftlichen Bereich kann der Verwertungs-, Wachstums- und Export- oder Expansionszwang eingehegt werden.

Die Erkenntnis der relativen, jetzt wesentlich verstärkten Selbstbezüglichkeit des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens bietet einen grundlegenden Ansatz, um die alternative Formierung einer Sozialstaatswirtschaft mit ihrem auch sogenannten inneren Kreislauf oder auch innerlichen, lokalen und regionalen wirtschaftlichen Potenzialen im Spannungsfeld zwischen den noch dominierenden finanz- und kapitalwirtschaftlichen Weltverhältnissen und gegenläufigen Tendenzen zur Fragmentierung und Deglobalisierung, Regionalisierung und Lokalisierung zu positionieren. Dies vielleicht im Bündnis mit anderen Gesellschaften im Aufbruch auf dem umkämpften Feld des gesellschaftsgeschichtlichen Übergangs.

Auf dem Weg von einer neuen Infrastrukturpolitik zur Sozialstaatswirtschaft

Die Generalthese zu der gestellten Systemfrage könnte lauten: Im Zusammenhang der real höher vergesellschafteten sozialkapitalistischen Formierung, auf dem heutigen Niveau eines überbordenden, sozial-ökologisch bereits destruktiv umschlagenden kapitalistischen Produktivismus, Technizismus, Konsumismus und eines überschäumenden Globalismus, sind die Produktivkraft- und Formverhältnisse der gesuchten Alternative im Schoße der bestehenden Übergangsgesellschaften bereits vorgebildet und somit in Reichweite.

Die Freisetzung dieser Alternative im Sinne einer sozial-infrastrukturell hoch entwickelten Sozialstaatswirtschaft und demokratisch-souveränen Gesellschaftlichkeit erfordert neben den Einkommen- oder Gewinnsteuern eine Kapitaltransfersteuer. Ähnliche Ideen zielten auf eine Maschinensteuer oder auch Wertschöpfungssteuer, konnten aber schon wegen der fehlenden wert- und reproduktionstheoretischen Analytik keine Überzeugungs- und Durchschlagskraft entwickeln. Dieser fiskalverfassungspolitische und steuertechnisch neuartige Eingriff setzt, praxis- und dialektisch-logisch gesprochen, an einem Knotenpunkt der Systemverhältnisse an, durch den alles anders werden kann, wenn er neu geknüpft wird.

Bereits die hier vorgelegte Skizze zeigt, dass sowohl die Erforschung wie das Verständnis der Zusammenhänge eine praxis- und dialektikwissenschaftliche Grundlagentheorie, entsprechende analytische Kategorien und methodische Dispositionen verlangt. Anders ist die doppelte oder widersprüchliche Dimensionierung gesellschaftlicher Wirklichkeit nicht fassbar und etwa kaum begreifbar, dass die bisher vergeblich gesuchte Systemalternative als eine Latenz, Dimension oder Perspektive im Schoße des heute Bestehenden bereits existiert. Sie muss also nicht erst übermorgen aus wer weiß was für Ideen und Elementen neu konstruiert werden.

Ferner verbirgt sich in der hier beanspruchten, nicht einfachen und umstrittenen Kategorie des Werts, in der Bezugnahme auf Wertformen und auch neuen Wertgesetzmäßigkeiten, im Ansatz einer Wert-, und Reproduktions- und Praxisanalytik eine große Herausforderung: Der Ansatz impliziert eine Wiederaufnahme der Marxschen Konzeption des ökonomischen Werts und eine Beweisführung, die für diese spricht. Das verlangt auch eine Auseinandersetzung mit entsprechend haltlosen liberalistischen oder den werttheoretisch unfundierten keynesianischen Theorien. Es braucht also eine zukunftsorientierte Wissenschaft der politischen Ökonomie oder Sozioökonomie neuen Zuschnitts, um der politischen Bewegung und Emanzipation entsprechend zuzuarbeiten.

Schlussbemerkungen

Es zeigt sich, dass der Ansatz einer neuen oder sozialen Infrastrukturpolitik richtig anknüpft und in Richtung einer Sozial- und Systemalternative weist, wie sie hier als Sozialstaatswirtschaft umrissen wurde. Das alles zeigt aber auch, dass sozialreformerische, sozialökologische und sozialutopischer Alternativ- und Transformationskonzepte ohne dialektisch-wissenschaftliche und politisch-ökonomische Referenzen und Begründungen, vor allem ohne Stichhaltiges zur Aufhebung des Mensch und Welt zerstörenden kapitalistischen Wachstumszwangs, letztlich kein tragfähiges Gesamtkonzept begründen können.

Wegen nicht zureichend geklärter philosophisch-wissenschaftlicher Grundfragen und den neuen politisch-ökonomischen Herausforderungen stellen sich weiterhin nicht wenige Fragen und sind tiefere und komplexe, auch höchst strittige Probleme aufgeworfen. In dieser Situation sollten, bevor im jetzigen Stimmengewirr wieder und wieder neue programmatische Fixierungen erfolgen, in erster Linie kollektive, konzentrierte Forschungsanstrengungen auf den Weg gebracht werden.

Ausgewählte Quellen:

Horst Müller: Die Besteuerung des Kapitals und die sozial-ökonomischen Infrastrukturen als Schlüssel einer Politik des Sozialen und gesellschaftlicher Emanzipation. In: Zeitschrift Widersprüche Nr. 150 (2018): 53-70. Aufruf: <https://www.praxisphilosophie.de/kapitalsteuer-infrastrukturen-und-emanzipation.pdf>

Horst Müller: Transformationsanalytik und Realisierung einer Sozialstaatswirtschaft. Abschnitt 9.5 und 9.6 in: Das Konzept PRAXIS im 21. Jahrhundert. 2. vollständig überarbeitete und ergänzte Auflage, Norderstedt 2021: 510-545. Aufruf:

https://www.praxisphilosophie.de/praxiskonzept_lesezeichen_510_536_transformationsanalytik_und_die_systemalternative.pdf

Horst Müller: Die Kapitalwirtschaft, der verschuldete Steuer- und Sozialstaat und die Systemalternative im Schoß der modernen Infrastrukturgesellschaft. In Anknüpfung an Ideen einer Fundamentalökonomie und neosozialistischen Politik. Beitrag zur PRAXIS-Diskussion Heft 1/2020. Nürnberg. April 2020. Aufruf:

https://www.praxisphilosophie.de/sozialstaat_infrastrukturgesellschaft_und_systemalternative.pdf

Müller, Horst: Vom Streit über die Marxschen Reproduktionsschemata zu einer Theorie der ökonomischen Transformation. In: VorSchein Nr. 22/23, Jahrbuch 2002 der Ernst-Bloch-Assoziation. Philo-Verlag, Berlin/Wien 2003: 142-158. Aufruf:

https://www.praxisphilosophie.de/mueller_luxemburg_artikel.pdf

Horst Müller: dr.horst.mueller@t-online.de